

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Abzugpreis: Einzel-Nummer 10.— Mk. Durch Abnehmer 10.— Mk. pro Woche. Durch die Post 60.— Mk. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an die Produktivgenossenschaft. Redaktionsprechstunde: 5—6 Uhr nachmittags. — Postfach-Nr. 310 50. — Fernschreib-Anschluß: Breslau, Ring 8897

Dienstag, 13. Februar 1923

Anzeigenpreise: Die gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 50.— Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 15.— Mk. Kleine Anzeigen per Wort 8.— Mark. — Deklamation: Die Millimeterzeile 8 gespalten oder deren Raum im Text 150.— Mark.

Wachsende Erkenntnis.

Risse in der „nationalen Einheitsfront.“

Die sozialdemokratischen Arbeiter Rheinland-Westfalens gegen die ungründlichen Instanzen.

In einer gutbesuchten Funktionärerversammlung der USPD in Köln hielt der Reichstagsabgeordnete Solmann eine nationalistische Rede für das Zusammengehen der USPD mit dem Bürgertum gegen die Ruhrbesetzung. Er erlitt eine schwere Niederlage, da sich alle Diskussionsredner gegen ihn, gegen die Schreibweise der „Rheinischen Zeitung“ und auch gegen die Politik des Vorstandes der USPD wandten. Das Nationalopfer wurde einstimmig abgelehnt, wie überhaupt die Opposition diese Versammlung vollständig beherrschte.

Eine ähnliche Stimmung herrschte in der Essener Funktionärerversammlung der USPD. Auch hier wurde die Ruhrspende abgelehnt und das Zusammengehen mit den Bürgerlichen scharf verworfen. Die Beschlüsse richteten sich auch gegen den sozialdemokratischen Sekretär des Essener Wirtschaftskartells und einiger anderer Führer der Essener USPD, die der nationalistischen Einheitsfront mitgemacht haben.

Diese Stimmung von Essen und Köln ging auch auf die sozialistischen Arbeiter Rheinlands-Westfalens über. Die USPD hat mit ihrem Versuch, im Rheinland die nationale Front mit dem Bürgertum zu errichten, einen Schiffbruch gelitten.

Die Massen sympathisieren immer mehr mit den Kommunisten. In allen Betrieben und bei allen Arbeiterkundgebungen kommt immer mehr die Ansicht zum Durchbruch, daß die Kommunistische Partei wirklich an der Spitze des proletarischen Abwehrkampfes steht.

In den Großbetrieben in Rheinland und Westfalen wurden Resolutionen angenommen, in denen die Einberufung eines erneuten Rheinisch-Westfälischen Betriebsräte-Kongresses zur Abwehr gegen die Ruhrbesetzung und die internationale kapitalistische Gefahr gefordert wurde.

In Horjum, einem Vorort von Düsseldorf, haben die sozialistischen Gemeindevertreter mit den Kommunisten gemeinsam folgenden Antrag eingebracht:

Durch die Ruhrbesetzung sind große Erschütterungen des Wirtschaftslebens eingetreten. Die Bahnen liegen zum Teil still, die Kohlenbeförderung ist ins Stocken geraten, dadurch ist eine große Not bei den Arbeitern und Kleinbauern eingetreten. Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen sind zu erwarten, wodurch eine allgemeine Schädigung eintritt. Mit Schuld daran ist die Reichsregierung durch ihre arbeitserfindliche Reparationspolitik, da sie alle Lasten auf die unbemittelte Bevölkerung ab-

gewälzt hat und den Besitz fast ausschließen will. Deshalb sprechen die Gemeindevertreter der Reichsregierung ihr Mißtrauen aus und verlangen ihren Rücktritt. An ihre Stelle soll eine Arbeiterregierung treten, die den Besitz durch Erfassung der Sachwerte belastet zur augenblicklichen Linderung der Not. Die Gemeindevertretung verlangt Maßnahmen zur Verbilligung der Kohlen und Lebensmittel für die minderbemittelte Bevölkerung.

Die Opposition in der Hamburger USPD.

Hamburg, den 11. Februar 1923.

Auch in Hamburg schreitet die Abbrödelung innerhalb der USPD vorwärts. Den Anlaß dazu gibt die Politik des Vorstehenden Leuterich, der gleichzeitig auch im Vorstand der Orgesch-Formation „Heimisch“ ist, und die offiziellen Auslassungen von Biedermann für die nationale Einheitsfront. In einer Versammlung des Distrikts Warmstedt hat ein Referat von Leuterich dazu geführt, daß eine Anzahl alter Funktionäre ihr Parteibuch gerissen haben und aus der Partei ausgetreten sind.

Die heftigsten Kämpfe spielten sich im Vorstand der Partei ab, in dem 4 USPD- und 5 SPD-Leute sitzen. In die Distriktsversammlungen, deren Referenten im „Hamburger Echo“ angezeigt wurden, versucht man, die Opposition für den Klassenkampf nicht hineinzulassen. In den Bezirken hat die Opposition mit dem bisher gepflogenen Brauch, „wegen des hervorragenden Referats von einer Diskussion Abstand zu nehmen“, gebrochen.

Überall erkennen die Arbeiter, daß die Politik der USPD, welche die Arbeiter vor den Karten der nationalen Einheitsfront spannen will, falsch und arbeitserfindlich ist. Sie sehen ein, daß das Proletariat selbständige Klassenpolitik treiben, die Cuno-Regierung stürzen und eine Arbeiterregierung schaffen muß.

Und ihr Arbeiter in Schlesien? Wollt ihr weiter von Tag zu Tag mehr verelenden und eine Politik unterstützen, die Euch immer tiefer ins Elend führt? Wollt ihr die Almosenpolitik der USPD und die rissige nationale Einheitsfront unterstützen oder wollt ihr wie eure Brüder in Horjum kämpfen für

sofortige Maßnahmen zur Verbilligung der Kohlen und Lebensmittel; für Einweihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß und Unterstützung der Arbeitslosen in Höhe des ortsüblichen Tagelohnes; für Beschlagnahme und Erfassung der Sachwerte und für die Arbeiterregierung,

die allein in der Lage ist, diese Forderungen durchzuführen.

Der Chemnitzer Kontrollausschuß und die Hungerkrawalle.

In Chemnitz sind in den letzten Tagen die Preise dermaßen in die Höhe getrieben worden, daß Hungerkrawalle entstanden. Sofort mischten sich unter die Menge Nationalsozialisten und Provokatoren, von denen die einen Judenpogrome zu inszenieren versuchten, die anderen eine gewöhnliche Plünderung.

Der Chemnitzer Kontrollausschuß griff ein, übernahm in einem der Lebensmittelgeschäfte den Margarinevorrat, der zu einem festen Preise unter Überwachung des Kontrollausschusses verkauft werden sollte und konnte durch sein Eingreifen die Plünderungen ablenken. Es ist zu erwarten, daß die ungeheure Preissteigerung überall Dispositionen zu Hungerkrawallen und Plünderungen schaffen wird. Die Regierung wird mit blauen Bohnen aufwarten. Deshalb ist es Sache der Betriebsräte, durch ihre Kontrollausschüsse den erregten Massen zu zeigen, was zu tun ist. Die Selbsthilfe war nie notwendiger als jetzt. Diese Selbsthilfe muß aber organisierte Selbsthilfe sein, die nicht darin besteht, daß ein Geschäft ausgeraubt wird, wobei einige wenige die Bauliste wegkloppen und die Allgemeinheit hungrig bleibt. Es kommt darauf an, die Arbeiterklasse organisiert gegen den Macher in die Front zu bringen und die Herabsetzung der Preise und eine vernünftige Verteilung der Waren

zu erzwingen. Dieses Ziel wird erreicht werden können nur, wenn die Arbeiterschaft die volle Kontrolle der Produktion sich erlampft, und diese wiederum erfordert eine Arbeiterregierung, die gewillt ist, jede Sabotage und Gegenaktion der Bourgeoisie mit eiserner Faust zu brechen. Das Chemnitzer Beispiel zeigt zwar, daß bei energischem Eingreifen proletarischer Organe sinnlose Krawalle vermieden werden können. Es zeigt auch, daß gewisse kleine Veränderungen geschaffen werden können. Aber es zeigt ebenso, daß es völlig unzulänglich bleiben muß, an einer Stelle und in einer einzigen Richtung etwa die Verteilung von zufällig in einem Geschäft vorhandenen Lebensmitteln zu übernehmen. Wenn der Margarinevorrat des wuchtigen Händlers verkauft ist, kann der Kontrollausschuß nichts mehr tun, es sei denn, daß er sämtliche Lebensmittelvorräte der Stadt in seine Hand bekommt und für ihre Ersetzung durch neue sorgen kann. Aber das setzt eben die Lösung der oben genannten Aufgabe voraus.

Solidarität für die französischen Bergarbeiter gefordert

Die Union der Kopf- und Handarbeiter richtete an die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes und an die Leitung des Bergarbeiterverbandes einen offenen Brief, in dem aufgefordert wurde, mit den Bergleuten des Saargebietes, Elsaß-Lothringens und Frankreichs gegen weitere Verelendung zu kämpfen und sofort in den Generalstreik einzutreten.

Zu den bevorstehenden Betriebsrätemahlen.

Nur noch wenige Wochen trennen uns von den Neuwahlen der Betriebsräte, die allgemein im Laufe des März stattfinden werden. Die freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentralen haben bereits mit ihren Vorarbeiten begonnen. Sie haben ihren ursprünglichen Termin für die Einleitung der Propagierung und Organisation der Wahlen vom 10. März auf den 1. Februar verlegt. Das läßt darauf schließen, daß die gewerkschaftlichen Zentralinstanzen, der Bundesvorstand des ADGB, den Betriebsrätemahlen die größte Bedeutung zumessen und alle Anstrengungen machen werden, um ein Resultat in ihrem Sinne zu erzielen.

Dieser Eifer ist verständlich, denn gerade die Kämpfe des letzten Jahres, die Abwehr der Unternehmeroffensive, der Kampf um die Preis- und Produktionskontrolle und um Verhinderung des Steuerbetruges der Kapitalisten haben gezeigt, welche wichtige Rolle die Betriebsräte im Existenzkampf des Proletariats zu übernehmen haben. Noch verhalten viele Betriebsräte in Passivität, was eine der Ursachen mit ist, daß es dem Unternehmertum gelang, der Arbeiterklasse einen Schlag nach dem andern zu versetzen. Das bloße Vorhandensein der Betriebsräte ist in der heutigen gemäßigteren Zeit ungenügend. Das Lebensinteresse des Proletariats erfordert es, daß die Betriebsräte restlos aktiv in die Kampffront eintreten. Darum sind die Betriebsrätemahlen von dieser ungeheuren Bedeutung, sie können entscheidend werden für die weitere revolutionäre Bewegung in Deutschland.

Die reformistische Gewerkschaftsburokratie des ADGB hat aber ihrerseits alles Interesse daran, möglichst alle Kommunisten und aktiven Elemente aus den Betriebsräten fernzuhalten. Der ADGB kann seine arbeitsgemeinschaftliche Politik nicht weiter treiben, die Reformisten können ihre Stellungen nicht halten, wenn sie sich nicht auf starke USPD-Betriebsrätefraktionen in den Betrieben stützen können. Darum werden die Reformisten alles aufbieten, um schon bei der Aufstellung der freigewerkschaftlichen Listen die Kommunisten auszuschalten. Mit der vom 11. Gewerkschaftskongreß in Leipzig angenommenen Resolution Brey wird man dazu verzweifelt versuchen, zu verhindern, daß den reformistischen Listen Gegenlisten der auf dem Klassenkampfstandpunkt stehenden Kollegen entgegengestellt werden. Ein Ablass der Resolution Brey lautet:

„Ist für einen Betrieb eine gewerkschaftliche Vorschlagsliste nach diesen Grundsätzen aufgestellt, so darf kein Mitglied einer dem ADGB angeschlossenen Gewerkschaft sich als Kandidat auf eine Gegenliste aufstellen lassen.“

Bereits liegen Anzeichen vor, daß die Gewerkschaftsburokratie auf Grund dieser Resolution sogar bis zu Ausschließen solcher Genossen gehen will, die auf einer Gegenliste kandidieren.

Um ein einheitliches Vorgehen der Freigewerkschafter gegen die Christen, Hirche und Gelben zu erzielen, hätte es der Resolution Brey nicht bedurft. Die Kommunisten haben seit jeher alles eingesetzt, um eine einheitliche freigewerkschaftliche Liste den Wirtschaftsfriedlichen entgegenzustellen. Die Kommunisten waren stets bereit, bei der Kandidatenaufstellung eine Verständigung zu erzielen und die Belegschaften entscheiden zu lassen, welche freigewerkschaftlichen Kollegen kandidieren sollen. Nur durch Zerbreieren der Reformisten, die eine Verständigung ablehnten, wurden überhaupt Oppositionslisten notwendig, wie es namentlich in Oberschlesien vielfach der Fall war.

Bei den bevorstehenden Wahlen muß sich die Hauptkraft unserer Genossen daher auf die Kandidatenaufstellung konzentrieren, da sie in gewerkschaftlichen Betriebsversammlungen vor sich gehen soll.

Von den Richtlinien der Reichsbetriebsrätezentrale für die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ist folgendes zu beachten:

Die Aufstellung der Vorschlagslisten erfolgt durch die für die fraglichen Betriebe zuständigen Gewerkschaften, wobei die verschiedenen Berufsgruppen der im Betriebe beschäftigten weiblichen und männlichen Arbeitnehmer bei der Zusammenziehung des Betriebsrates nach Möglichkeit zu berücksichtigen sind.

Reichsparteitag der SPD.

Die Taktik der Einheitsfront und die Arbeiterregierung.

Die Diskussion.

Vor der Debatte wird auf Antrag von Berlin-Brandenburg eine besondere Reihenfolge der Redner bestimmt.

Gloster:

Nach der Rede Maslows darf man fragen, weshalb der heilige Kampf seit einem Jahre? Die Berliner haben anscheinend viel Wasser in ihren Wein gegossen. In den Resolutionen der Berliner und Hamburger ist vieles vorübergegangen, worauf sie früher mit großer Ehre bestanden haben. Ruth Fischer sagt: wir wollen die Einheitsfront auch. Dann müßten wir an die Illusionen der sozialdemokratischen Arbeiter anknüpfen, müßten die Illusion zerstören. Was hält Maslow für falsch? Wo sind die Gegenstände, die nicht verflüchtigt werden sollen? Davon hat Maslow nichts gesagt! Er sagt nur, daß die sozialdemokratischen Führer nicht kämpfen können, wir aber müßten den Arbeitern sagen: Ihr könnt kämpfen, Ihr wollt noch nicht kämpfen! Wir haben in Rheinland-Süd 8 Tage nach dem Zentralauszug eine Entschloßung gegen die übermäßige Kritik einer Zentrale angenommen, weil die Berliner die Zentrale mit Vorwürfen über Fehler in der Kampfkampagne bombardierten. Das waren meist Fehler, die wir selbst erkannten, und die von uns selbst belämpft wurden. Der Vorwurf, daß Gesicht der Partei nicht genügend gewahrt zu haben, trifft nicht allein die Zentrale, sondern auch Maslow und Ruth Fischer. Wir haben gezeigt, daß wir das Vertrauen der Massen gewinnen. (Beifall.)

Kleine:

Maslows Ausführungen betonen, daß erste Diskussion zwischen ihm und der Partei bestehen. Er meint, unsere Taktik müsse die reformistischen Führer einladen. Ihre nicht wir wollen einladen, die sozialdemokratischen Führer sollen sich selbst einladen. Wir haben eine Gewerkschaftsbürokratie, die ihren Einfluss politisch für die SPD ausnutzt. Das müssen wir den Massen zeigen, und die gegen ihre Führer aufbringen. Ruth Fischer fordert in einem Artikel, wir sollen nicht die Wirtschaftslage in den Vordergrund stellen, für die Masse aber sind Wirtschaftsfragen, sind ökonomische Fragen die Kräfte, die sie in Bewegung bringt. Aber der Wille der Masse, zur Macht zu gelangen, braucht Begleitung. Wenn unsere Kräfte nicht ausreichen zur Diktatur, werden wir als SPD den Arbeitern das Ziel der Arbeiterregierung zeigen. Die Parole Arbeiterregierung ist eine Anführungsparole, um die Masse zu sammeln. Das Proletariat geht seinen geschichtlichen Weg langsam. Es ist fraglich, ob die Arbeiterregierung sofort wird. Nichts kommt hier durch blutige Kämpfe. Wenn die reformistischen Führer nochmals versuchen, das Proletariat zu verraten, dann müssen wir vor der Masse die Maßnahme anstellen. (Zusammenschluß.)

Böttcher-Leipzig:

Unsere Sozialpolitik, politisch wie praktisch, ist bedingt von unserer ideologischen und praktischen Geschlossenheit. Die Gewerkschaften werden verdächtigt, die Holzjäger einzuladen. Man verläßt die Situation. Man muß sich an die Lage halten. Die objektive Lage und die Stärke der Partei. Der die nicht vermag, der entfernt sich vom Boden der Wirklichkeit, der erwidert Schriftlich. Sachsen schwebt nicht im luftleeren Raum, Sachsen ist ein Teil, der unter den gegebenen Bedingungen des Reiches kämpfen muß. Die Ruhrbewegung und der Fall in Bayern haben keine Auswirkung auf die Sachsen gebracht. Die beschlossene Kapitaloffensive brachte die SPD in kritische Situationen. Sie versucht zu lancieren. Die gewerkschaftliche Stunde darüber aber kein Kavalieren zwischen den Massen. So im die SPD, sich bei den eigenen Anhängern in Berlin. Daran verhält die SPD als Gegenüber ihrer Schmachtmittel die SPD zu bringen. Nachdem die Arbeiterregierung gewahrt war, lagte wir zu der SPD, wir wollen auch Gelegenheit geben, eine Regierung zu bilden. Die SPD hat die Wahl, sich auf Scheinträte oder auf die Betriebsräte zu stützen.

Es hält sich auf die Scheinträte.

Die wollen sie nicht erwidern. Jetzt mag sie versuchen, mit Scheinträten die Betriebsräte zu erledigen. Sie wird dabei auf den Widerstand der Arbeiter stoßen. In großen Betriebsräten haben die Betriebsräte sich auch das Recht behauptet, während der Abwesenheit ihre Funktionen als Betriebsrat auszuüben. Die sozialistische Regierung hat aber in ihren eigenen Betrieben den Betriebsräten die erforderliche Freiheit verweigert. Die alte Regierung hat den Schlag der Faschisten mit allen Mitteln durchgegriffen, sie haben die Faschisten sogar mit Waffengewalt. Das ist die objektive Lage.

Der sozialdemokratische Minister Virens hat gestern gegen das Wirtschaftsministerium der Kommunisten in unorthodoxer Schamloser Weise eine Rede gehalten gegen die Kommunisten vom Stempel gehalten, und mit Entwürfen über die kommunistische Arbeit geantwortet. Er hat entzweit die illegale Arbeit der Kommunisten, der die Minister, der große Geldmangel in die illegale Arbeit der höchsten Polizei bereitwillig zur Verfügung stellt. Hier auf die eine Frage hat Virens nicht den Willen gezeigt, die Reaktion mit allen verfügbaren Mitteln zu bekämpfen. Jetzt ist dieser selbe Virens aber der Partei derselben Kräfte, die er damals hier von der ein Platz aus bekämpfen wollte. Wir sind weit davon entfernt, unsere Kräfte zu überschätzen. Im Grunde mit den proletarischen Massen wollen wir den Kampf aufnehmen.

Die Leipziger Volkszeitung erklärt sich in ihrer heutigen Nummer folgende Dinge. Sie schreibt u. a.

Die Aufgabe der Regierungsbildung fällt der Reichsregierung zu, die die sozialdemokratische Regierung geführt hat. Bürgerliche und Kommunisten haben jetzt das Recht und die Pflicht, die neue Regierung zu bilden - wenn sie eine zustande bringen. (Wachen.)

Die Leipziger Volkszeitung macht zwei letzte Dinge, aber diesmal hat sie gute gemacht. Sie schreibt weiter:

Nach parlamentarischen Brauch, den ja auch die Kommunisten anerkennen, indem sie sich auf den Kampfboden der parlamentarischen Demokratie stellen, haben die Mehrheitsparteien die neue Regierung zu bilden. Man darf gespannt sein, wie sich der hässliche Streit zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Kandidaten wird, wenn Paul Böttcher mit dem Führer der höchsten Reaktion Blücher, um den Ausschluß des Jünkers rausen wird. Das dürfte ein Schandspiel für Götter geben, und manchen der kommunistischen Standesgenossen dürfte die Augen aufgehen, wenn Paul Böttcher die reaktionären Maßnahmen der sozialdemokratischen Regierung wird.

Dann kommt noch ein neuer Paß:

Dabei ist freilich zu bedenken, daß Ruth Fischer dem großen Paß Böttcher gehörig Knüttel zwischen die Lenden setzen wird.

Die Kritik ist charakteristisch für die Verleumdung in der sozialdemokratischen Partei.

In dem jetzigen Ruhrkampf haben sie sich mit Bayern befreundet.

Die Kommunistische Partei Sachsens

ist bereit, in vollem Umfange die Verantwortung für die Regierungsbildung auf sich zu nehmen. Die SPD ist bereit, zusammen mit den Sozialdemokraten eine Arbeiterregierung zu bilden, die getragen wird von der Kraft und dem Bewußtsein der Massen. Wenn die Sozialdemokraten diese Regierung nicht wollen, dann wird die Kommunistische Partei zusammen mit dem sächsischen Proletariat den Kampf führen, und wenn sie die Kraft hat, auch gegen den Willen der Sozialdemokratie und gegen die bürgerlichen Parteien eine Arbeiterregierung zustande bringen. Die Kommunistische Partei wird sich aber an dem Rußenspieler der Sozialdemokraten mit den bürgerlichen Parteien nicht beteiligen.

Die Situation erfordert die Anspannung aller Kräfte. Wir sind uns über die Stärkeverhältnisse nicht im Unklaren. Wenn heute die Sozialdemokratie sich willend gebärde, so steht dahinter weiter nichts wie die Absicht, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen. Dahinter verbirgt sich die

Frage des Vertrats.

Die Sozialdemokraten sind ja auch Befürworter der Koalitionspolitik, die wie selbstverständlich abzulesen. Alle Handlungen der sächsischen Regierung sind im Einverständnis mit der Guno-Regierung erfolgt. Die Sozialdemokratie in Sachsen steht in schweren entscheidenden Stunden. Gegenüber der nationalistischen Welle hat sie voll verzagt und noch mehr gegenüber den ökonomischen Verhältnissen. Es gibt nur eine Lösung. Das ist die Lösung mit dem Proletariat, und gegen die Bourgeoisie. Wer das nicht will, kann nur das andere nehmen: Mit der Bourgeoisie und gegen das Proletariat. Die Kommunistische Partei Sachsens wird zur Lösung der Regierungsbildung alles auf die Beine bringen. Am Sonntag werden die Arbeiter Sachsens Stellung nehmen zur Krise in Sachsen. Notwendig ist, daß die SPD in dem allen Offensivgeist geführt wird, der für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg maßgebend war, als sie die Lösung herausgaben, gegen den Krieg, gegen die imperialistischen Räuber.

Ruth Fischer:

Der Leipziger Volkszeitung geht es schlecht, wenn sie sich mit mir beschäftigen muß. Ich vertrete hier nicht bloß meine Meinung, sondern auch die Meinung der russischen Genossen, und weile darauf hin, daß Sinowjew mit seinem Wort vom dem Pseudonym über die Arbeiterregierung genau dieselbe Furcht vor der Verwahrung unserer Grundfrage aussprechen wollte. Die Befürworter der Arbeiterregierung halten dies Wort für unschuldig als Diktatur des Proletariats. Trotz der ausführlichen Rede Brandlers müssen wir nicht, was er will. Brandler begibt sich auf den Boden der demokratischen Verfassung. Die breiten Massen müssen die Machtfrage stellen. Daß die SPD jemals mitkämpfen wird, ist eine Illusion. Die SPD wird uns im Kampfe verraten. Wir haben keine Ursache, die Theorie der Austromaxisten abzuholen, und dürfen nicht, wie auch Sinowjew es sagte, die Arbeiterregierung nur in unserem Verhältnis zur SPD betrachten. Der Kleine nennt uns Opportunisten. Aber er unterwirft uns kindliche Vorstellungen, wenn er meint, daß wir die Arbeiter erst auf dem Augustplatz bewaffnet aufmarschieren lassen wollen. Wir werden durchaus nicht sofort die Diktatur des Proletariats haben. Aber wir müssen um die öffentliche Unterstützung der Arbeiterregierung herumkommen. Die Arbeiterregierung muß eine Kampfesregierung sein und niemals eine Koalitionsregierung.

Koenen-Berlin

hält fest, daß Ruth Fischer die Arbeiterregierung als Agitationsforderung bezeichnet. Die Sorgen, die Ruth Fischer aus Moskau mitbringt, sind vollkommen unbegründet. Maslow hat drei Motive angegeben, weshalb er nicht für die Arbeiterregierung sein kann: erstens hält er die Arbeiterregierung für die Diktatur für ausgeschlossen. Denn in der Defensive dürfe man keine Arbeiterregierung machen, und wir seien in der Defensive. Zweitens, die SPD könne nicht kämpfen. Das ist hergelehrt und ein Zirkel der Parole. Wir sagen gar nicht, daß die SPD im ganzen kämpft, sondern wir sind für die Lösung der Führer von der Masse und wir haben bereits im Kampfspruch erklährt, daß dieses im Laufe des Kampfes eintreten. Die Arbeiter werden kämpfen. Drittens, unter zunächst die Frage geklärt haben, ob Spitzenverbände oder Abwehrfront von unten auf. Man kann aber die Abwehrfront von unten auf nicht organisieren, ohne vorher die Spitzen vor den Massen entlastet zu haben. Einen Augenblick bloß spricht Maslow von dem sächsischen Problem. Das widerpricht er sich wiederum. Einerseits sollen wir hier das kommunistische Gesicht zeigen und andererseits sollen wir uns bedingt mit den Arbeitern kämpfen. Es ist eine mechanische Abgrenzung von Offensiv- und Defensiv. Die Parole der Arbeiterregierung, geknüpft an Betriebsräte und Kontrollratskommissionen, ist die Zerschlagung der kommunistischen Partei. Sie kann ein Stützpunkt sein für weitere Kämpfe. Demokratisch häuslich einrichten kann sie sich nicht. Die Arbeiterregierung muß die Arbeiterkraft in Kämpfe führen. In Sachsen ist die Arbeiterkraft und Maslow durch Lipinski vor die Frage gestellt, was zur Abwehr gegen die Offensive der Bourgeoisie geschieht soll. Hier geht wahrhaftig das Proletariat durch die Defensive in die Offensive.

Ulrich-Thüringen:

Ruth Fischer hat falsch zitiert, wenn sie Sinowjew als einen Kronzeugen für ihre Auffassung anführte. Sinowjew hat vier Arten von Arbeiterregierung unterschieden. Ferner will sie Kadel für sich reklamieren. Wir sind ja vollkommen einverstanden, daß die Arbeiterregierung der Ausgangspunkt für weitere Kämpfe sein wird. Aber die Gen. Fischer will nur handeln, wenn wir nach ihrer Meinung unmittelbar vor dem Kampfe um die Übernahme der Macht stehen. Auch in der Frage der Landarbeiterregierung hat Ruth Fischer sich so geäußert. Wir können aber im Reich verschiedene Reifegrade haben, und sind vielleicht geneigt, eine Arbeiterregierung zu bilden, bevor man im Reichsmahstabe an einen Kampf um die Diktatur des Proletariats denken kann. Die Bedingung der Arbeiterregierung kann auch die Verfassungstrage sein, aber diese ist nicht überall die zentrale Bedingung. Sonst würden wir praktisch die Parole der Arbeiterregierung negieren. Wir stellen nicht nur ökonomische Forderungen, denn mit einem weißen Lächeln erringt man nichts. Aber wir wollen die Massen aktivieren durch die Parole der Arbeiterregierung.

Thälmann-Hamburg:

Brandler hat unsere Kritik Zerschlagung genannt. Wir in Hamburg haben aber gerade erlebt, daß die Partei lebendig geworden ist durch die Diskussion über die Arbeiterregierung. Koenen hat die parlamentarische Möglichkeit der Arbeiterregierung entwidelt. Jeder Kommunist muß in den Betrieben zeigen, daß wir über die Grenzen des ökonomischen hinausgehen müssen. Die Arbeiter müssen selbsthalten, daß sie sich nicht von Intellektuellen beeinflussen lassen. Ich kann mich z. B. gegen Maslow ganz gut durchsetzen. In der jetzigen Situation der Ruhrbewegung können wir sehr wohl auf eine

Die aufgestellten Kandidaten müssen einer Gewerkschaft des A.G.B. angehören, und wenn sie Angestellte sind, bei einer der angeschlossenen Organisationen Mitglied sein. Bei der Auswahl der Kandidaten darf nicht die politische Richtung maßgebend sein, sondern es müssen die persönliche Eignung, die berufliche Tätigkeit und die gewerkschaftlichen Erfahrungen entscheiden.

Trotz dieser Richtlinien und der Resolutionen Bremen haben bei den bisher stattgefundenen Wahlen gerade die SPD-Leute, wo sie in der Minderheit blieben, vielfach eigene Gegenlisten aufgestellt.

Bei der Aufstellung der Kandidaten zum Arbeiterrat in der U.G. Weser, Bremen, lehnte es die SPD kategorisch ab, unseren Genossen mehr als vier Vertreter im Arbeiterrat zuzugestehen. In der Vertrauensmannerversammlung machten unsere Genossen noch einmal den Vorschlag, eine Kommission von vier Kollegen der SPD und drei der KPD, mit der Aufstellung der Liste zu betrauen. Auch dies wurde von der SPD abgelehnt. So waren unsere Genossen, nachdem dies seitens der Sozialdemokraten an anderen Orten ebenfalls getan wurde, gezwungen, eine gewerkschaftliche Oppositionsliste aufzustellen. Am 18. Januar fanden die Wahlen statt. Die Liste der SPD, der Gewerkschaftsbürokratie, erhielt 2307, die Liste der gewerkschaftlichen Opposition 2452 Stimmen. Jede Seite erhielt 11 Sitze im Arbeiterrat. Damit haben die SPD und Gewerkschaftsbürokraten in diesem Fall die gebührende Antwort erhalten.

Diese Beispiele zeigen, daß unsere Genossen wachsam sein und sofort mit der intensiven Vorbereitung der Wahlen beginnen müssen. Trotz der Resolution Bremen wird die reformistische Gewerkschaftsbürokratie überall dort die Aufstellung reformistischer Gegenlisten begünstigen, wo die Kommunisten bei der Kandidatenaufstellung gänzlich abscheiden. Es gilt aber trotzdem, alles daranzusetzen, bei der Aufstellung der Kandidaten Kampfbewußte Arbeiter aufzustellen, um die gewerkschaftliche „Demokratie“ der Arbeiter noch in grellem Licht zu zeigen und um der Bürokratie jede Möglichkeit zu nehmen, gegen unsere Genossen dort mit organisatorischen Gewaltmitteln vorzugehen, so sie ebenfalls durch die Haltung der SPD-Leute gezwungen werden sollten, eine Gegenliste aufzustellen.

Wie die wenigen Beispiele von Betriebsratwahlen bereits zeigen, werden schon die Vorbereitungen zu den Wahlen ein sehr intensiver Kampf der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie gegen die Kommunisten sein. Ihm werden wir unsere Aufmerksamkeit entgegenstellen. Den verschiedenen Methoden der Gewerkschaftsbürokratie, ihren arbeitgeberähnlichen Einfluß in den Betriebsräten zu sichern, werden die Kommunisten überall durch eine ziellose Politik und Aufzählung der wirtschaftlichen und politischen Perspektiven und in unge Taktik zu begegnen müssen.

Gegen die nationale Einheitsfront und den Rotloppier-Kammel.

Immer zahlreicher werden die auch von sozialdemokratischen Arbeitern betriebenen Versammlungen in Rheinland-Westfalen, die sich gegen die nationale Einheitsfront wenden. So nahm eine große Arbeiterversammlung der Mannesmann-Rohrwerke in Düsseldorf scharf Stellung dagegen und forderte die Einheitsfront gegen Guno zum Kampfe für die Arbeiterregierung. Entschieden wurde auch gegen die zur Schärfung der nationalstaatlichen Bewegung in Bonn gezielte Kampfbühnenstellung genommen. Auch der Ortsausschuß Solingen des A.G.B. erklärte sich gegen jede Beteiligung an der Kampfbühnen der Unternehmen. Auch das Gewerkschaftsstatut und die Betriebsräte von Spladen haben an das Bezirkssekretariat von Rheinland und Westfalen und an den Berliner Bundesausschuß des A.G.B. eine Entschloßung geschickt, die sich gleichfalls gegen den nationalstaatlichen Kammel wendet. Im ganzen Ruhrgebiet fanden auch große öffentliche, von der kommunistischen Partei veranstaltete Kundgebungen gegen den nationalstaatlichen Einheitskammel statt. Überall wurden Resolutionen, in denen die Durchföhrung der Forderungen der Betriebsräte verlangt wurden, angenommen. Aus zahllosen Betrieben laufen Resolutionen ein, die die Gewerkschaften auffordern, den Kampf gegen die Unterherrschaft und die Guno-Regierung anzunehmen. Die Arbeiter verlangen eine sofort zu zahlende Adhärenz-Erhöhung und eine sofort auszuführende Löhnerhöhung von 100000 Mark.

Kontrollratsgründung gegen Böhmer.

In Jütten, Ebersbach, Dresden, Freiberg u. a. haben die Kontrollratsgruppen in der letzten Zeit mit sehr gutem Erfolge den Kampf gegen das Schaber- und Böhmerium aufgenommen. Der Staatsanwaltschaft in Dresden sind so zahlreiche Anzeigen über Böhmerien eingegangen, daß diese Behörde erklären mußte, daß sie nicht in der Lage sei, das Material genügend schnell zu bearbeiten. Der Böhmer hat schon jetzt Gerichte und sonstige Behörden fast alljährlich mit dem Verbrechen von Kommunisten und revolutionären Arbeitern beschäftigt.

Gegen das „Rotloppier“.

Die Holzarbeiter in Dresden haben das von der Gewerkschaftsbürokratie verlangte Rotloppier für die Einheitsaktion im Ruhrgebiet drastisch abgelehnt. In einer Reihe von Betrieben nahm man Stellung zu dem nationalstaatlichen Kammel und lehnte ihn ab. Sehr zahlreiche SPD-Funktionäre bekämpften die Politik der Partei in der Frage der Ruhrbewegung und des Rotloppiers. In einzelnen Ortsgruppen der SPD kam es zu scharfen Protestkundgebungen gegen die offizielle Politik der Partei. Die Bedrohlichkeit der SPD-Arbeiter kommt vorläufig noch mehr in einer Sabotage der Parteiarbeit und der Parteibekämpfung als in einem Bruch der Partei zum Ausdruck.

Aus Gewerkschaften und Betrieben.

Sie können auch anders!
 Man schreibt uns aus Freiburg:
 Die Gewerkschaftsfraktionen, welche sich gewöhnlich vor Demokratie überschlagen, greifen, um ihre Burensiedenspolitik durchzuführen zu können, zu Mitteln der Diktatur, wie nachstehender Fall zeigt. Bei den Lohnverhandlungen, welche zwischen dem V. Bezirk der Metallarbeiter einerseits und den Vereinigten Arbeitgeberverbänden der Uhrenindustrie andererseits stattfanden, sind folgende Vereinbarungen betreffs der Ruhezüge getroffen worden. Auf den Brutto-Gehältern der Lohnleute vom 22. bis 28. Januar 1923, einschließlich des in Biffer 1 genannten Zuschlages von 20 Prozent, wird jedem Arbeitnehmer ein Abzug von 8 Prozent gemacht. Die sich aus diesem Abzug ergebende Summe wird dem Betriebsrat zur Verfügung gestellt. Dieser hat nun das Geld an die Arbeiterhilfe abzugeben. Man sieht, das System der früheren Bewirtschaftung, jedem Mann der „glorreichen Armee“ einen bestimmten Teil der Löhne für die Kriegsanleihe einzubehalten, hat Schule gemacht. Ganz wie „einst in Mail“, nur daß heute „Arbeitervertreter“ dazu übergehen, diese neue „Kriegsanleihe“ von den ohnehin ausgepöbelten Proletariern einzureiben. Sie sind es, welche den Preußengeist von einst bewahrt haben. Arbeiter, erkennt daraus, daß es notwendiger denn je ist, die Gewerkschaften zu revolutionieren, damit sie wirkliche Macht- und Kampfinstrumente des Proletariats werden.

Neue kommunistische Literatur.

Im Zeichen der Arbeit. — So nennt sich eine soeben vom G. der Kommunistischen Jugendinternationale herausgegebene Broschüre, die sämtliche Resolutionen und Beschlüsse des 3. Kongresses der Kommunistischen Jugendinternationale enthält, dessen Ausgabe war, zu prüfen, inwiefern die Entwicklung der KJ. auf dem Wege zur Massenorganisation Fortschritte gemacht hat. Es war eine Tagung der praktischen Arbeit. Sie hatte die Beschlüsse des 2. Kongresses zu ergänzen, zu erweitern und zu vertiefen auf Grund der 15 Monate Erfahrung seit der Ausstellung der Parole: „Zu den Massen! Zur Massenorganisation!“ Im Mittelpunkt der gesamten Kongressarbeit und von größter Bedeutung ist zweifellos der Beschluß der „allgemeinen Organisation von Zellen an den Arbeitsorten und der sozial. erziehende Reorganisierung der Ortsgruppen auf der Grundlage der Betr. abgaben!“ — Die Resolutionen und Beschlüsse geben nicht nur ein Bild von der geleisteten Arbeit, sondern sie sind ein notwendiges Rüstzeug für jeden Funktionär und jedes Mitglied der KJ. — ein unentbehrliches Rüstzeug für den Kampf gegen die wirtschaftliche Offensive des Kapitals, gegen die Reaktion und gegen den imperialistischen Krieg. — Die Broschüre erschien im Verlag der Jugendinternationale, Berlin-Schöneberg und ist zu beziehen durch sämtliche Funktionäre der KJ. oder durch den Verlag Junge Garde, Berlin S 2, Straßauer Str. 12. Preis 350 M.

Kate Gilje.
 Beim Bezirkskomitee gingen vier: Hermann Krause, Pölsnitz, 200 M.; Meier, Breslau, 50 M.; Artur Müller, Breslau, 60 M.; Ortsgruppe Ober-Fernsdorf, ges. bei der Revolutions-Gedenkfeier 1000 M.; Ortsgruppe Warsdorf, öffentl. Versammlung 500 M.; Ortsgruppe GutsMuths, öffentl. Versammlung 207 M.; Ortsgruppe Kollthöhe, öffentl. Versammlung 198 M.; Gen. Fey, Breslau, 1000 M.

Vom Sage.

Französische Soldaten an der Ruhr.

Wenn man ihnen zum ersten Male begegnet, ist man leicht überrascht, sie nicht anders zu finden als die Preußen, wie sie damals in Brüssel, in Cambrai, oder Lyon auf Posten zogen oder zur Front marschierten. Soldaten, von denen man nicht weiß, was in ihnen vorgeht. Kraft und sicher führen sie Befehle aus. Die Zivilbevölkerung ist scheinbar nicht für sie vorhanden, nur der Borgehakte gilt. Doch in der Unterhaltung mit vielen Soldaten vernimmt man Töne bereits vorhandener oder erwachender Klassenbewußtseins. Es sprengt noch nicht den militärischen Zwang, aber es wächst, erstarkt, es harzt der Stunde revolutionärer Aktivität. In Bochum prangten an den Militärquartieren die Tricolore-Plakate der kommunistischen Jugendinternationale. Viele Soldaten lasen sie stillschweigend, schmunzelnd. Aber die Plakate mußten fort. Militärischer Befehl; Offiziere gaben ihn. Ein Trupp Soldaten wurde zum Entfernen der gefährlichen Plakate kommandiert. Die Soldaten wollten nicht, sie zögerten. Strafexerzieren. Auf der öffentlichen Straße wurden sie gehetzt: Gewehr über, Gewehr ab; immerzu, gerade so wie bei den Preußen. Sie wurden geschliffen, bis sie emürbe waren. Schließlich, mit abgewandtem Gesicht, in stiller Mut, trachten sie die bolschewistischen Zettel von der Mauer... Bald werden sie den Militarismus fragen.

In einem anderen Ort sah ich einen Kumpels Freundschafft mit einer französischen Waffe. Man trinkt zusammen, unterhält sich stundenlang. Der Offizier der Runde tritt ein, krachelt, ist mißgestimmt über die Verbrüderung. Man krachelt ihn. Bergleute und Franzosen werfen ihn gemeinsam hinaus.
 Ein anderes Bild: Dienstfreie, junge Soldaten stehen vor der Wache, unterhalten sich, scherzen. Ein Korporal ruft sie hinein. Er muß mehrere Male rufen. Dann gehen sie und laden ihn aus, lachen verständnisvoll zu den Proletariern hinüber. Wir reden mit anderen Soldaten. Sie haben die Geschichte satt — sie wollen zurück in die Heimat!
 Franzosen in Uniform suchen unsere Genossen auf. Sie möchten die „Humanität“ haben. Die Verbrüderungs-Handgebung zwischen dem französischen und deutschen Proletariat interessiert sie. Sie hoffen —
 Morgens, auf dem Gang zur Arbeit, rufen unsere Genossen französisch-n Polken zu „Bine Cadin!“ Belastet könt es zurück: Oui, Oui!
 Im Auftrage vieler Kameraden kam zu uns ein alter Soldat und brachte uns die Versicherung: wir werden nicht kämpfen! Wenn die Arbeiter rufen, dann wissen wir, was wir zu tun haben.
 Schon ist mehr vorhanden als Klassenbewußtsein, schon ist revolutionärer Kampfwille vorhanden. Die revolutionäre Internationale lebt!

Zerlegung der französischen Armeerechnen. Darauf hin deutet die Notbringung der Resolutionen, ferner die Strafanordnung von 10 Jahren Zuchthaus für den Verkauf von Kleibern. Wir müssen die Neutralisierung der Kleinbürger durchführen, die Zentralisierung der SPD. betreiben, die Durchscheidung der Spionageverbrechen. Die Arbeiterregierung kann ein Stappziel sein. Aber Vorbereitungen müssen gegeben sein. Der Diktatur der Bourgeoisie muß man die Diktatur der Arbeiterklasse entgegenstellen. Brandler wird nun wissen wollen, was wir positiv tun wollen. Wir verlangen, daß die SPD die freigeberischen Arbeiter bewaffnet. Wenn wir nach ein paar Tagen wieder aus der Arbeiterregierung austreten müßten, hätten wir unsere Machtlosigkeit bewiesen. 1917 sind die Bolschewiki auch nur in die Arbeiterregierung eingetreten, weil die Regierung eine Scheinregierung war.
 (Schluß der Mitbewertung.)

Die Donnerstag-Sitzung

brachte die Fortsetzung der Diskussion und die Schlusssätze Maslows und Brandlers. Wir bringen morgen den ausführlichen Bericht.

Es folgt das Referat des Genossen Kay über das allgemeine Programm.

Das Referat der Zentrale über die Arbeiterregierung und Einheitsfront wurden mit 118 gegen 59 Stimmen angenommen.

Bei der Neuwahl der Zentrale wurde die Liste der Zentrale mit 150 bis 195 Stimmen gewählt. Ruth Fischer erhielt 80 Stimmen.

Berichtigung.

Auf dem Parteitag wurde folgende Berichtigung bekanntgegeben: Nach dem offiziellen Stenogramm hat Gen. Stolzenburg-Rheinland-Westfalen-Nord in seinen Ausführungen am Dienstag nicht davon gesprochen, daß es keine „linken Strömungen“ in seinem Bezirk gebe, sondern davon, daß die Parteilichkeit in genanntem Bezirk sowohl in der Ratzenau-Bewegung wie jetzt bei Gelegenheit der Ruhrbesetzung, nicht die Ansicht der sogenannten Linken teile, daß die Zentrale jedesmal verlagert habe.

Berichtigung.

Der Bericht von meinem Referat über den 4. Weltkongreß enthält einen sinnentstellenden Druckfehler.

Seite 1, 3. Spalte, gegen die Mitte, muß es zur Frage der Arbeiterregierung natürlich heißen: außerhalb des Parlaments, nicht innerhalb. Der Satz muß lauten:

„Sie (die Arbeiterregierung) könnte auch auf Grund einer parlamentarischen Mehrheit in Erscheinung treten, aber nur dann, wenn die parlamentarische Mehrheit die Widerstandslinie starker proletarischer Kämpfe außerhalb des Parlaments ist.“

Weiter habe ich in meinem Schlußwort (Seite 2, Spalte 3) Gen. Ruth Fischer nicht als „exponierte Vertreterin einer Richtung“ bezeichnet, sondern als „herbertretende Exponentin einer Richtung“. Das klingt sehr ähnlich, ist aber dem Sinne nach nicht völlig das Gleiche.
 Clara Zetkin.

Aus der Partei.

An unsere Ortsgruppenvorstände!

Das Bezirkssekretariat der Partei befindet sich jetzt in den Räumen der Produktiv-Genossenschaft, Breslau, Trebnitzerstraße 50. Wir bitten alle Briefe, Geldsendungen usw. an uns nach dort zu richten. Telefon wie bisher: Ring 8837.
 Bezirksleitung der SPD, Schlesien.

Heber Parteidisziplin.

Wir bringen im Nachfolgenden ein Rundschreiben des Moskauer Komites der Kommunistischen Partei Rußlands. Die darin behandelte Frage der Parteidisziplin gewinnt besonders im Hinblick auf die zugespitzte politische Lage, die an jeden kommunistischen Genossen die stärksten Anforderungen stellt, die allerhöchste Bedeutung auch für die kommunistische Partei Deutschlands.

(An sämtliche Bezirkskomitees, Organisationsgruppen und Mitglieder der Moskauer Organisation.)

Die historische Epoche, in der wir leben, verlangt von unserer Partei eine ungeheure Anspannung aller Kräfte. Wir bedürfen ununterbrochen Parteidisziplin, Hebung der Industrie und Erhaltung streng geregelter Zustände auf allen Gebieten unseres Lebens. Die Partei muß in dieser Beziehung vorangehen. Wir werden auch an der inneren Front den Sieg davontragen, falls wir die Disziplin der Partei selbst auf dem höchsten Niveau halten. Die Parteidisziplin erfordert eine unbedingte und einwandfreie Ausführung aller Befehle der Parteioberorganisation als Ganzes durch die Organe der Partei. Die pünktliche Ausführung beruht auf Genauigkeit, Schnelligkeit und einem Höchstmaß von Aufmerksamkeit und ergibt sich aus dem Verständnis für das Prinzip der Pflicht, das durch Großziehen des Verantwortlichkeitsgefühls gewonnen wird.

Unsere Partei steht gegenwärtig an der Grenze, an der eine entscheidende Wendung nach der Richtung einer wirklichen Schaffung eines neuen Reiches beginnt. Für diese Arbeit trägt die Partei, und nur sie allein, die Verantwortung und um so größer wird die Rolle, und die Verantwortung der Partei in bezug auf die Revolution. Diese Verantwortung verteilt sich in ihrer ganzen Größe auf alle Parteimitglieder, und wir werden die Last dieser Arbeit um so leichter ertragen, wenn es, im Einklang mit Punkt 1 des Parteistatuts, keine Parteimitglieder ohne Pflichten gegenüber der Partei geben wird.

Bei Bewertung der Tätigkeit der Moskauer Organisation muß man gerade von diesen Grundsätzen ausgehen. Die Moskauer Organisation entspricht nicht ganz den bezeichneten Anforderungen. Dabei verlangt die ungeheure Partei- und Parteiarbeit in Moskau die peinlichste Ausführung alles dessen, was die Gegenwart erfordert. Um die Moskauer Organisation auf die erforderliche Höhe zu bringen, ist es notwendig, daß die Parteidisziplin und Einmütigkeit streng bewahrt und alle Befehle der Partei und ihrer Organe auf das Genaueste innerbefolgt werden. Hieraus folgt:

1. In den Mitgliedern der Organisation muß das volle Verständnis für das Verantwortlichkeitsgefühl eines jeden Parteimitglieds für jeden seiner Schritte, jede seiner Handlungen, für seine ganze politische Arbeit gemeint werden.
2. Dieses Verständnis wird erreicht, nicht durch Worte, nicht dadurch, daß man es als allgemeines Prinzip anerkennt, sondern durch die Tat, gerade dadurch, daß jedes Mitglied der Organisation ihren Organen gegenüber dafür verantwortlich ist, was ihm zur Ausführung übertragen worden ist. Alle Anträge hat das Parteimitglied zur Ausführung zu übernehmen und nach deren Erledigung über die erfolgte Arbeit Rechenschaft zu geben. Ist es ihm nicht möglich, den Auftrag auszuführen, so hat er hieron sofort dem Auftraggeber Mitteilung zu machen.

3. Pünktliche Ausführung ist unentbehrlich ohne Genauigkeit. Denn Ungenauigkeit zerstört die Grundlage einer jeden Arbeit. Man darf die Genauigkeit nicht als nebensächlich betrachten. Unpräzise und ungenaue Angaben, Kleinarbeit und Kleinlichkeit im Sachlichen sind erforderlich. Jede Arbeit legt sich aus Kleinigkeiten zusammen, aus einer Reihe an sich unbedeutender Vorarbeiten. Diese dürfen nicht geringfügig behandelt werden, wer das tut, geht überhaupt jeder Arbeit aus dem Wege.

4. Pünktlichkeit legt Schnelligkeit voraus. Jede Verschleppung einer Arbeit wird ihr zum Verderben, um so mehr in einer revolutionären Epoche. Schnelligkeit darf nicht mit Hastigkeit von unbedeutender Wichtigkeit, Verzögerung nicht mit ruhig abwägender Entscheidung verwechselt werden. Letztere grenzt an Mächtigkeitsucht. Schnelligkeit ist jedoch mit Mächtigkeitsucht verbunden und hat mit der erwähnten Pünktlichkeit nichts gemein. Bei lebendiger und rascher Arbeit behandelt Mächtigkeitsucht und Überlegung gewährleistet Pünktlichkeit. Ferner: Kein Ausschleichen der Arbeit und sich nicht „auf gut Glück“ verlaßt. Nicht vergessen, daß, wenn einem ein Auftrag erteilt worden ist, er wichtig und notwendig ist, und daß der Auftrag unverzüglich und ohne einen Augenblick zu verlieren, erledigt werden muß.

5. Genauigkeit und Schnelligkeit machen sich stets geltend. Eine ständige Kontrolle der Pünktlichkeit in der Ausführung ist daher immer gegeben. Kontrolle und kritisches Verhalten ist daher in erster Linie bei Ausübung der Parteipflicht sich selbst gegenüber am Platz. Richtigkeit der Ausführung wird durch die Pflicht zur Rechenschaftsberichterstattung gewährleistet. Ohne diese ist Pünktlichkeit in der Ausführung nicht möglich.

6. Endlich muß der größte Wert auf Vorhandensein eines innigen Zusammenhanges gelegt werden, einer Verbindung aller Parteiorgane mit einander, einer Verbindung aller Mitglieder der Partei mit den Parteiorganen, einer Verbindung nach beiden Richtungen, der horizontalen und der vertikalen. Eine innige Verbindung und erhellende Information ermöglichen es in vollem Maße, daß die Parteiorgane bei allen ihren Arbeiten genau unterrichtet sind. Ohne Unterrichtssein keine Orientierung und ohne eine solche keine geregelte Tätigkeit.

Des alles zusammen bildet den konkreten Gehalt der Verantwortlichkeit und füllt die Arbeiten eines jeden Parteimitglieds und letzten Endes, der ganzen Parteioberorganisation aus. Indem die Mitglieder unserer Organisation ihre Pflicht tun, bilden sie die festen Glieder, aus denen sich die eiserne Kette einer mächtigen kommunistischen Partei ergibt. Zu unermüdlicher Arbeit an der Festigung und Verstärkung dieser Kette ruft die Moskauer Organisation der russischen Kommunistischen Partei ihre Mitglieder auf.
 Moskau, 7. März 1920.

Moskauer Komites der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki)

Schlesische Rundschau.

Einheitsrummel im Kreisstag Neumarkt.

Die Pressestelle beim Oberpräsidium meldet: Der Kreisstag des Kreises Neumarkt hat folgende Entscheidung angenommen:

Der Kreisstag des Kreises Neumarkt in Schlesien erhebt einmütig scharfen Protest gegen die unter Mitwirkung jeglichen Reiches und menschlichen Empfindens erfolgte Belegung urbedeutenden Landes durch die französische Gewalttäter. In rückhaltloser Anerkennung und Bewunderung des Geistes und der Hingabe, der in dem widerrechtlich behetzten Gebiet und darüber hinaus alle Volksgenossen besetzt, gibt der Kreisstag seiner seltenen Zuversicht Ausdruck, daß die in dem Bewußtsein seines guten Rechtes wachsende moralische Stärke des geeinigten Deutschlands den endlichen Sieg davontragen und dem schwer leidenden deutschen Volk das Tor zu einer besseren Zukunft und zu einem wahren Frieden aufschließen wird. In diesem Glauben ergeht an alle Kreisgenossen die Aufforderung, daß jeder an seinem Platze seiner Pflicht gegenüber der Allgemeinheit bewußt bleiben und mit allen Kräften das Seine zur Wiederaufrichtung des gemeinsamen Vaterlandes tun möge.

Wirklich, die nationale Einheitsfront macht Fortschritte! Sie hat sich nun auch den Kreisstag Neumarkt erobert. Und die Sprecher in diesem Parlamentarisch-schauen in verzückter Bewunderung des „Geistes der Einigkeit“ andächtig zum Himmel. Des Geistes jener Einigkeit, der die Kapitalisten, die Schieber und die Wucherer einig macht, mit dem Erbfeind zusammen das deutsche Proletariat auszusaugen und zu bewahren, der das Proletariat aber einig machen wird, diese patriotischen Tyrannen hüten und drüber der Grenze von ihren Thronen zu stürzen. Und dann reden die Kreisrägler auch noch von der „moralischen Stärke des geeinigten Deutschlands.“ Der moralischen Stärke, die den Kapitalisten durch Steuerstundung Milliarden einbrachte, die sie befähigte, Jagdtreibjagd und Fabriken an den Erbfeind zu verpfänden.

Nun, mögen die Bourgeois und ihre Freunde in den Parlamenten nationale Einheitsfront machen, mögen sich die bürgerlichen Regierungstellen darüber freuen. Das Proletariat hat seine Front gestellt. Und die richtet sich nicht gegen den „Erbfeind“, sondern gegen den Klassenfeind. Nicht in den französischen Kasernen an der Ruhr liegt der Feind der deutschen Arbeiter, er sitzt in den Direktionsgebäuden der großkapitalistischen Konzerne und in den Regierungsgebäuden ihrer politischen Geschäftsträger. Und da wird das deutsche Proletariat seinen Feind zu paden haben. Es wird nicht mit den Nationalisten „das Seine tun zur Wiederaufrichtung des gemeinsamen Vaterlandes“, sondern es wird das Vaterland der Kapitalisten und Wucherer zerstören und wird sich ein eigenes Vaterland errichten. Ein Arbeiter-Vaterland, in dem der scharfe Wind der proletarischen Diktatur die Sumpfpflanzen des Kapitalismus vertilgt.

Es wird gewarnt!

Die Pressestelle beim Oberpräsidium teilt amtlich mit: Es ist die Beobachtung gemacht worden, daß Freiwillige der verschiedensten Berufe in der Annahme kriegerischer Bewerdung des Reiches in die Reichswehr eintreten wollen. Demgegenüber wird ausdrücklich festgestellt, daß eine derartige Annahme jeder Grundlage entbehrt und vollkommen irrig ist. Alle Personen, die solche Absicht haben, werden hiermit gewarnt, sie auszuführen. Die Behörden sind angewiesen, derartige Personen anzuhalten und in ihre Heimat und an ihre Wohnstätten zurückzuführen.

Besser wäre es, wenn die Behörden gegen die chauvinistischen Heher einschreiten würden. Dann hätten wir nicht diese „Revanche-Kriegs-Stimmung“ und alle Warnungen wären überflüssig.

